

XXIV. GP.-NR

13387 /J

ANFRAGE**18. Dez. 2012**

der Abgeordneten Gartelgruber
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Drogenkriminalität in Innsbruck

Die Organisierte Drogenkriminalität in Innsbruck stellt weiterhin ein Problem für die Sicherheit dar; insbesondere Zuwanderer stehen dabei immer wieder im Fokus der Ermittlungen, wie ein Artikel aus der Tiroler Tageszeitung verdeutlicht.

"Die illegalen Geschäfte der Innsbrucker Suchtgiftszene waren am Donnerstag Thema in gleich zwei Verhandlungssälen des Landesgerichts. Auf den Anklagebänken saßen sechs Nordafrikaner und ein Palästinenser. Vor Richterin Theresa Giner gab ein 42-jähriger Marokkaner zu, Mitte September sechs Kilo Haschisch im Pkw von Italien nach Innsbruck geschmuggelt zu haben. Auch sein angeblicher Abnehmer, ein 36-jähriger Landsmann, saß auf der Anklagebank. Der räumte nur ein, bei der Weitergabe des Suchtgifts an zwei weitere Marokkaner quasi als Aufpasser anwesend gewesen zu sein. Dennoch setzte es Haftstrafen: zwölf Monate für den Schmuggler, neun für den Empfänger (nicht rechtskräftig). Drogenhandel und Bildung einer kriminellen Vereinigung waren die Anklagepunkte im zweiten Verhandlungssaal. Auf der Anklagebank mussten vier Nordafrikaner und ein Palästinenser Platz nehmen. Die Beschuldigten gaben durchaus zu, Suchtgift konsumiert und verkauft zu haben. Aber nicht im Kilobereich. Wie die Polizei herausfand, sollen die Angeklagten die illegale Ware in Verstecken (Bunkern) im gesamten Stadtgebiet verteilt haben. Fast drei Kilo Suchtgift konnten die Beamten in derartigen Bunkern sicherstellen." (Tiroler Tageszeitung vom 5. 10. 2012)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Personen der sog „Nordafrikanerszene“, die vorwiegend im Bereich des Drogenhandels in Innsbruck tätig sind, sind derzeit in Österreich inhaftiert?
2. Wie viele dieser Personen sind derzeit in Innsbruck inhaftiert?
3. Wie viele dieser Personen befinden sich im sog „Jugendvollzug“?

AH

18/12